Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 92 (1985)

Heft: 2

Rubrik: Wirtschaftspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen

Die verfügbaren Einkommen der Privathaushalte der Schweiz sind in den letzten fünf Jahren real leicht gestiegen. Machten sie 1978 – pro Einwohner und zu Preisen von 1970 gerechnet – 10 300 Franken aus, so stellten sie sich per 1983 auf 10 800 Franken. Im Jahresdurchschnitt ergibt das eine Zuwachsrate von bescheidenen 0,9%. Die verfügbaren Haushalteinkommen umfassen im wesentlichen die Arbeitnehmereinkommen, die Geschäftseinkommen der Selbständigen und die Vermögenseinkommen der Haushalte abzüglich der direkten Steuern und der Beiträge an die Sozialversicherungen. Sie machten 1983 zu laufenden Preisen insgesamt 135,1 Milliarden Franken aus.

Wirtschaftspolitik

Weltwirtschaft im Aufwärtstrend

Aus dem Jahresbericht des Internationalen Währungsfonds (1)

Zusammenfassung

1983 und anfangs 1984 – so wird im ersten Kapitel im Jahresbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgeführt – ist eine deutliche Besserung in der Weltkonjunktur eingetreten, wobei vor allem den USA und Kanada eine eigentliche Lokomotiv-Funktion zukam. Aber auch die übrigen Industrieländer kehrten zum Wirtschaftswachstum zurück, dies bei gleichzeitiger Inflationsberuhigung. Diese an und für sich vorteilhafte Weltwirtschaftsentwicklung wurde vor allem durch zwei Haupthindernisse getrübt: Durch die hohen Zinssätze und durch die nach wie vor massive Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, deren Insolvenzkrise durch den internationalen Zinsauftrieb noch verschärft wurde. Infolgedessen verstärkten die Entwicklungsländer ihre aussenwirtschaftlichen Anpassungsbemühungen. Dank leichter Verbesserung der Terms of Trade gelang es den nicht ölproduzierenden Entwicklungsländern, ihr zusammengefasstes Leistungsbilanzdefizit zu verringern. Dennoch waren 1983 und Anfang 1984 Umschuldungsaktionen und neue Finanzierungspakete erforderlich. In den meisten Entwicklungsländern überstieg das Bevölkerungswachstum das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum, was eine Aushöhlung ihres Lebensstandards zur Folge hatte. Vordringliches Ziel der internationalen Wirtschaftspolitik bleibt daher die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer.

Die wirtschaftliche Erholung in den Industrieländern wurde durch die erhöhte Preisstabilität der letzten Jahre erleichtert. Es wird darauf ankommen, die monetäre Politik auch in Zukunft so zu gestalten, dass die erzielten Fortschritte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Ausserdem sollte die Fiskalpolitik den Konflikt zwischen staatlicher und privater Kreditnachfrage so klein wie möglich halten. Sonst wird der Zinsauftrieb anhalten und eine stetige Erholung gefährden sowie die Anpassungsbemühungen in den Entwicklungsländern untergraben.

Sehr wichtig sind auch gemeinsame Anstrengungen zum Abbau struktureller Starrheiten, welche die Leistungsfähigkeit vieler Volkswirtschaften unter den Industrieländern beeinträchtigen. Wenn dieser Mangel an Flexibilität, insbesondere auf den Arbeitsmärkten, nicht angegangen wird, vermindern sich die Aussichten, langfristig wieder zu einem normaleren Niveau der Arbeitslosigkeit zurückkehren zu können. Unabdingbar ist ausserdem ein entschiedener Widerstand gegen alle protektionistischen Tendenzen, zum einen, um Strukturwandel und Wachstum zu fördern, und zum andern, um den Schuldnerländern die Möglichkeit zu geben, ihre Auslandsschulden zu bedienen und die erforderliche aussenwirtschaftliche Anpassung herbeizuführen. Den Entwicklungsländern aber kommt dabei laut IWF die Hauptrolle zu. Sie müssen ihre Stabilisierungsbemühungen im Innern fortsetzen, um so die Basis für ein gesundes Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Erfolgreiche Stabilisierungsbemühungen

Das ganze Jahr 1983 und auch im 1. Halbjahr 1984 sahen die wirtschaftspolitischen Instanzen in den Industrieländern die Wiederherstellung der für ein nachhaltiges nichtinflationäres Wachstum erforderlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unverändert als ihre wichtigste Aufgabe an. Man wollte bewusst der privaten Wirtschaft eine Entscheidungsfindung in einem Umfeld grösstmöglicher Stabilität ermöglichen. Bei der Verwirklichung dieser Ziele spielte allerdings die Geld- und Kreditpolitik eine weit grössere Rolle als die Fiskalpolitik. In den meisten Ländern war die monetäre Politik darauf ausgerichtet, das Wachstum der monetären Aggregate zu dämpfen und damit die Inflation dauerhaft auf ein niedriges Niveau zurückzudrücken.

Dem Konjunkturverlauf entsprechend haben sich 1983 die monetären Bedingungen verändert. Im 1. Halbjahr 1983 expandierten die Geldbestände kräftig genug, um das wiedereinsetzende wirtschaftliche Wachstum von der monetären Seite angemessen zu begleiten und gleichzeitig den weiteren Abbau der Zinssätze möglich zu machen. Im späteren Verlauf des Jahres allerdings trug die Belebung der Wirtschaftstätigkeit im privaten Sektor in Verbindung mit der Abschwächung des Geldmengenwachstums zu einer spürbaren Verschärfung der monetären Bedingungen bei. Zusammen mit dem nach wie vor sehr hohen staatlichen Kreditbedarf haben diese Faktoren in einigen Ländern wieder einen deutlichen Zinsauftrieb in Gang gesetzt, besonders in jenen Ländern, in denen die konjunkturelle Erholung bisher am kräftigsten ausgefallen ist.

Bemerkenswert an den jüngsten Zinssteigerungen ist, dass sie nicht in Reaktion auf offenkundige Anzeichen einer neuerlichen Inflationsbeschleunigung eingetreten sind. Infolgedessen sind die Realzinsen weiter gestiegen und überschreiten das Durchschnittsniveau von 1981 ganz deutlich.

Rigide Staatsverschuldung

In den letzten Jahren waren die Hauptziele der Fiskalpolitik in den meisten Ländern darauf ausgerichtet, den vom Staat in Anspruch genommenen Anteil am Sozialprodukt zu begrenzen und möglichst zu verringern sowie die Struktur der öffentlichen Finanzen zu verbessern. Dennoch liessen sich nicht überall die Ausgaben im vorgesehenen Ausmass kürzen: Vor allem die Sozialleistungen des Staates haben sich stärker als erwartet erhöht.

Die Finanzlage des Staates wurde der Tendenz nach zusätzlich dadurch belastet, dass das Hochzinsniveau mit einer gestiegenen Staatsverschuldung zusammenfiel, die aus den aufeinanderfolgenden Defiziten in den Rezessionsjahren resultierte. Daher hat das zusammengefasste Haushaltsdefizit der zentralen öffentlichen Haushalte in den sieben wichtigen Industrieländern im Jahre 1983 einen Umfang erreicht, der mehr als 5½ % des BSP entspricht. Damit aber wurde der Vorjahresstand um nahezu einen Prozentpunkt überschritten, und ausserdem überschritt die Relation Haushaltsdefizit/BSP den höchsten Stand der 70er-Jahre um zwei Prozentpunkte. Diese Entwicklung ist jedoch vor allem der Zunahme des US-Haushaltsdefizits zuzuschreiben (Steuerkürzungen, die nicht durch Ausgabenkürzungen wettgemacht werden), während die grossen kontinental-europäischen Länder und Japan die Grundtendenz ihrer Haushaltposition in bescheidenem Umfang verbessern konnten. Einige kleinere Länder trafen gar weiterreichende fiskalpolitische Massnahmen. Ausserhalb der Vereinigten Staaten dürften daher in der Fiskalpolitik Weichen für einen weiteren bescheidenen Defizitabbau gestellt sein, und dies wird in Verbindung mit einer zunehmenden konjunkturellen Belebung vermutlich dazu führen, dass das Haushaltsdefizit in den übrigen wichtigen Industrieländern dem absoluten Betrage nach erstmals seit mehreren Jahren sinkt. Nicht zu übersehen ist jedoch, dass der Staat wie bisher in praktisch allen Industrieländern einen sehr grossen Anteil der privaten Ersparnis beanspruchen wird. Mit fortschreitender wirtschaftlicher Erholung muss dieser Anteil deutlich vermindert werden, wenn ausreichende Finanzierungsmittel für die angestrebte Ersparnis der privaten produktiven Investitionen zur Verfügung stehen sollen.

Lokomotivfunktion der Vereinigten Staaten

Zur Jahresmitte 1984 befanden sich die Industrieländer als Gruppe betrachtet schon im zweiten Jahr eines wirtschaftlichen Aufschwungs nach drei Jahren scharfer Rezession. Bei der Gruppe der fünf grössten Industrieländer lag die Industrieproduktion im ersten Quartal 1984 im Durchschnitt um mehr als 11% über dem Stand vom ersten Quartal 1983. Den weltweiten Konjunkturaufschwung führten die USA – und im Schlepptau davon Kanada – an. Die Expansion in den Vereinigten Staaten und Kanada war zwar bei den verbrauchsorientierten Nachfragekomponenten am stärksten, es gibt aber auch ermutigende Anzeichen dafür, dass die Erholung auch den Investitionsgüterbereich erfasst hat, insbesondere in den USA. Die Sachkapitalbildung ist dort in letzter Zeit kräftig gestiegen, was angesichts des hohen Realzinsniveaus während der Erholung umso bemerkenswerter ist. Möglicherweise sind fiskalische Anreize eine Erklärung dafür sowie die notwendige Anpassung des Kapitalstocks an die veränderte Nachfragestruktur. Ausserhalb der beiden nordamerikanischen Industrieländer ist die Expansion bisher weniger stark in Schwung gekommen, wenngleich die konjunkturellen Auftriebskräfte im zweiten Halbjahr 1983 und Anfang 1984 offensichtlich stärker die Oberhand gewonnen haben. In Frankreich, wo sich die Wirtschaftstätigkeit in den Jahren 1981/82 etwas besser gehalten hat als in den meisten anderen europäischen Ländern, kam es 198 der Tendenz nach nur zu einer relativ geringen wirtschaftlichen Erholung. Bei den kleineren Industrieländern blieb das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt hinter jenem der sieben wichtigen Industrieländer als Gruppe zurück. Seit Beginn 1984 mehren sich aber die Anzeichen einer gewissen Belebung der Wirtschaftstätigkeit, umso mehr, als die kleineren Länder immer stärker in den Sog des Konjunkturaufschwungs ihrer wichtigsten Handelspartner geraten.

Strukturelle Mängel belasten Europas Arbeitsmärkte

Sieht man von den Vereinigten Staaten und Kanada ab, so hat das Wachstumstempo im Jahre 1983 im allgemeinen nicht ausgereicht, um die Lage am Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern. In allen wichtigen Industrieländern (mit Ausnahme der USA) und in den meisten kleineren Industrieländern war die durchschnittliche Arbeitslosenquote 1983 höher als 1982. Gegen Jahresende waren aber zunehmend Anzeichen für eine Besserung zu erkennen. Die Arbeitslosigkeit ist in den USA und Kanada weiter kräftig gesunken und in mehreren anderen Industrieländern offenbar nicht weiter gestiegen. Anfang 1984 hat sich die Arbeitslosenquote in den USA nochmals merklich vermindert und ist in mehreren anderen Ländern zurückgeführt oder zumindest stabilisiert worden.

In einigen europäischen Industrieländern nahm dagegen die Arbeitslosigkeit weiter zu. Selbst in Ländern, deren Beschäftigungssituation sich zu stabilisieren schien, verharrte die Arbeitslosigkeit auch Anfang 1984 auf einem sehr hohen Niveau. Diese unvermindert hohe Arbeitslosigkeit ist weniger einer Konjunkturschwäche als vielmehr einer strukturellen Rigidität der betreffenden Arbeitsmärkte zuzuschreiben.

Massvolle Lohnerhöhungen unterstützen die Stabilitätspolitik

Die Preisentwicklung verlief nicht nur in allen wichtigen Industrieländern, sondern auch in den meisten kleineren Nationen in ruhigen Bahnen. In einigen Ländern, darunter die USA, Grossbritannien, die Niederlande und Neuseeland, hat sich der Anstieg des Preisindexes des Bruttosozialproduktes von 1981 bis 1983 mehr als halbiert. Bei der Gruppe der Industrieländer insgesamt schwächte sich die Zunahme dieses Indexes 1983 auf 5% ab, verglichen mit 7% im Jahre 1982 und jeweils 8½ bis 9% in jedem der beiden vorhergehenden Jahre. Da einige der für diese Abschwächung ausschlaggebenden Faktoren ab Mitte 1983 kaum noch eine Rolle spielten, zeigen die jüngsten vierteljährlichen Veränderungen des BSP-Deflators eine weniger ausgeprägte Tendenz zur Verbesserung, wenngleich die Inflation in den Vereinigten Staaten an diesem Index gemessen im ersten Halbjahr 1984 nochmals zurückgegangen ist. Zu der gegenwärtigen deutlich niedrigeren durchschnittlichen Inflationsrate hat vor allem beigetragen, dass die meisten nationalen Behörden trotz der hohen kurzfristigen Kosten in Form von Arbeitslosigkeit und entgangenem Produktionswachstum unbeirrt an ihrem antiinflatorischen Kurs festgehalten haben. Insbesondere hat die restrikti

vere geldpolitische Linie den Spielraum der Unternehmer für Lohnzugeständnisse und Überwälzung zusätzlicher Lohnkosten auf ihre Kunden durch höhere Preise eingeschränkt.

Bei den Lohnabschlüssen ergab sich eine grössere Flexibilität, die durch das Zusammentreffen eines spürbaren Abbaus der Inflationserwartungen mit hoher Arbeitslosigkeit und geringer Auslastung der Produktionskapazitäten bedingt war. In mehreren Ländern haben einschneidende Modifizierungen der bis dahin starren Indexbindungen wesentlich zur Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebes beigetragen. Im Jahre 1983 wurde die günstige Wirkung, die sich aus der geringen Lohn- und Gehaltssteigerung ergab, noch durch eine Beschleunigung des Produktivitätswachstums verstärkt, indem das BSP je Erwerbstätigen doppelt so schnell gewachsen ist wie in den Jahren 1980 bis 1982.

Ungenügendes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern

In den meisten Entwicklungsländern war, wie schon 1981 und 1982, auch 1983 nur ein schwaches wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen. Dies trifft nicht nur im Vergleich zu den Wachstumsraten dieser Länder in den 60er- und 70er-Jahren zu, sondern gilt auch, was wichtiger ist, im Vergleich zu ihrem Bevölkerungswachstum und ihrem Entwicklungsbedarf. Die Wachstumsrate der Entwicklungsländer insgesamt, die 1977 nahezu 6% betragen hatte und danach stetig zurückgefallen war, belief sich im gewogenen Durchschnitt sowohl 1982 als auch 1983 auf weniger als 1%. Das schwache Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer ist nicht zuletzt eine Folge des verschlechterten realen Austauschverhältnisses (Terms of Trade) der Nicht-Öl-Entwicklungsländer. Ihre Importausgaben waren aufgrund der zweiten Ölpreiserhöhung 1979/80 bereits kräftig angeschwollen. In der Folgezeit wurden ihre Ausfuhreinnahmen durch den Preiszerfall bei Rohstoffen (ohne Öl) geschmälert, zu dem es 1981 und 1982 kam und in dem sich die Folgen der weltweiten Rezession, des Zinsanstiegs (der die Rohstofflagerhaltung verteuerte) und die Auswirkungen der Dollarstärke für die in dieser Währung notierten Preise bemerkbar machten. Zudem waren bei Getreide und Baumwolle Rekordernten zu verzeichnen, die die Weltmarktpreise dieser Rohstoffe unter Druck geraten liessen.

Die Schwäche an den Exportmärkten vieler Nicht-Öl-Entwicklungsländer sowie das sehr hohe Nominalzinsniveau an den internationalen Finanzmärkten liessen die realen Zinsen weiter steigen. Die relative Last des Schuldendienstes erhöhte sich durch die anhaltende Dollaraufwertung weiter. Angesichts der höheren Schuldendienstlasten und der begrenzten Exporteinnahmen mussten viele Länder danach trachten, die Anpassung hauptsächlich über eine Verringerung der Einfuhren zu erreichen. Die verebbende Rezession in den Industrieländern – den wichtigsten Rohstoffabsatzmärkten – und die rückläufigen Erdölpreise verringerten tendenziell die Anpassungsbürde bei vielen Entwicklungsländern. Zusammen mit leicht anziehenden Rohstoffpreisen verbesserten sich die Terms of Trade der Nicht-Öl-Entwicklungsländer und die realen Ausfuhrerlöse nahmen zu. Ob die Entwicklungsländer aufgrund dieser Entwicklungen inskünftig höhere Wachstumsraten erzielen können, wird teilweise davon abhängen, inwieweit die tendenzielle Verbesserung des aussenwirtschaftlichen Umfeldes weitergeht. Entscheidend wird aber vor allem sein, wie konsequent die Entwicklungsländer selbst geeignete Massnahmenpakete in die Tat umsetzen, die Reformen auf den Gebieten der Fiskalpolitik, der Kreditbegrenzung, der Zins- und Wechselkurspolitik sowie Anreize für die Entwicklung des privaten Sektors, eine geeignete Preispolitik staatlicher Unternehmen u.a.m. vorsehen müssten. Entscheidend für eine Konjunkturbelebung in den Entwicklungsländern wird auch sein, wie stark ihnen die expandierenden Absatzmärkte offenstehen und inwieweit sowohl private als auch staatliche Kapitalströme erneut fliessen und ausgeweitet werden.

In den meisten Entwicklungsländern ist die Inflation im Gegensatz zu den Industrieländern nicht zurückgegangen. Dies ist nicht zuletzt auf die akkommodierende Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzuführen, die eine der wichtigsten Ursachen für den gewogenen Durchschnitt des Verbraucherpreisanstiegs um 44% im Jahre 1983 war (1980–82: +32% pro Jahr). Auffallend ist dabei, dass Asien seit vielen Jahren den Inflationsanstieg erfolgreicher einzudämmen vermochte als andere Regionen. Dies war der hier praktizierten konsequenten Stabilitätspolitik zu verdanken.

Entwicklungsländer zu Anpassungsmassnahmen gezwungen

Um die Aussichten auf ein höheres Mass an finanzieller Stabilität im Inland gegenüber dem Ausland zu verbessern, haben viele Entwicklungsländer inzwischen Programme in Angriffe genommen, die Massnahmen unter anderem im Bereich der öffentlichen Finanzen, der monetären Politik und der Bankenpolitik, der Wechselkurse und der Liberalisierung des Aussenhandels einschliessen. Darüber hinaus wurden im Rahmen struktureller Anpassungsanstrengungen Massnahmen getroffen, die Änderungen auf den Gebieten der Subventionen und Preise, der Führung staatlicher Unternehmen und in bezug auf Höhe und Verteilung der Entwicklungsausgaben vorsehen. Von diesen Anpassungsprogrammen wird zwar letztlich ein Abbau des inflatorischen Drucks erwartet, doch bewirken sie zunächst mitunter einen Anstieg des Binnenpreisniveaus nach den erfolgten Preiskorrekturen. Die aussenwirtschaftliche Anpassung bedeutet für viele Entwicklungsländer entweder eine direkte vorgeplante Verringerung der Investitionsausgaben oder einen indirekten Rückgang dieser Aufgaben aufgrund der restriktiven monetären und fiskalpolitischen Massnahmen und der Verteuerung oder eingeschränkteren Verfügbarkeit von Kapital. Die starke Verteuerung der realen Kreditkosten hat die sich bietenden wirtschaftlich attraktiven Investitionsmöglichkeiten verringert, und sie hat bei allen Investitionen die realen Erträge gedrückt. Konnten die Auslandskredite früher für reale Investitionen verwendet werden, so müssen sie nun vor allem für den Schuldendienst benutzt werden. Ausserdem führten die Stabilisierungsbemühungen zur Beeinträchtigung der inländischen Kapitalbildung.

Schlüsselfragen der Wirtschaftspolitik

1983 war durch Wirtschaftswachstum in den Industrieländern und Abbau der aussenwirtschaftlichen Defizite in den Nicht-Öl-Entwicklungsländern gekennzeichnet. Aber die konjunkturelle Erholung in den Entwicklungsländern vollzieht sich in unterschiedlichem Tempo und könnte durch den erneuten Zinsauftrieb gefährdet werden. Höhere Zinsen schwächen darüberhinaus die Position der hochverschuldeten Entwicklungsländer, die vor

der Aufgabe stehen, die bei der Zahlungsbilanzverbesserung gemachten Fortschritte in eine Wiederbelebung des Wachstums und der Entwicklung im Innern überzuleiten. Beide Probleme könnten noch verschärft werden durch die Gefahr des Protektionismus, der zwar eindrucksvoll verurteilt, dem aber weniger eindrucksvoll widerstanden wird. Bei den Industrieländern geht es nun darum, die wirtschaftliche Erholung in geordneten Bahnen zu halten und einen allmählich wieder befriedigenden Beschäftigungsstand mit erneut stetigem Wachstum der Realeinkommen zu erreichen. Bisher ist die Wiedererlangung finanzieller Stabilität nur sehr unterschiedlich gerlungen und in vielen Ländern hat sich das Vertrauen in die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses noch nicht gefestigt. Die wichtigste Voraussetzung für eine Konsolidierung der konjunkturellen Erholung ist daher die Einhaltung eines strikte antiinflationären geld- und fiskalpolitischen Kurses. In den meisten Industrieländern ist die Steuerung von Geld und Kredit seit einigen Jahren durch die vorherrschenden hohen Haushaltsdefizite erschwert worden, was die Inkonsistenz im Einsatz dieser Instrumente offenlegte.

Zu der von den wichtigsten Industrieländern seit 1979 verfolgten allgemeinen wirtschaftspolitischen Strategie gehört der Versuch, in verschiedenen Bereichen die strukturellen Mängel an Flexibilität zu verringern oder zu beseitigen, um so einen optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke haben mehrere Regierungen fiskalpolitische Massnahmen ergriffen, die – über ihre Bedeutung für den Gesamthaushalt hinaus – die Leistungs-, Spar- und Investitionsanreize erhöhen sollen. Recht verbreitet waren Änderungen bestehender Lohnindexierungssysteme und Anpassungen bei den Übertragungen im System der Sozialleistungen. In vielen Ländern wurden staatliche Preisbindungen (namentlich im Energiebereich) von Zinsen und von anderen Aspekten kommerzieller und finanzieller Geschäfte gelockert oder gar beseitigt. Meist sollten sich mit Hilfe dieser Massnahmen die Marktkräfte besser entfalten können und somit stärker zur Kostendämpfung sowie zu einer effizienteren Verteilung der Ressourcen beitragen. Eine grössere Flexibilität bei den Lohnabschlüssen scheint – besonders in Europa – unabdingbar, wenn die Gewinnspannen der Unternehmen und die Investitionsanreize wieder ein Niveau erreichen sollen, das die Wiederbeschäftigung von Arbeitssuchenden erleichtert. Vielen europäischen Unternehmen erscheinen die bei den gegebenen Kostenstrukturen zu erwartenden Gewinnspannen zu gering, um die mit Innovationsprojekten verbundenen Risiken und Anstrengungen auf sich zu nehmen. Mehr Flexibilität und eine realistischere Ausrichtung der nominalen Lohnsteigerungen an den jeweiligen Produktionsfortschritten und den nationalen Zielen der Preisstabilität würden die Aussichten auf verstärkte Investitionen und einen Abbau der Arbeitslosigkeit verbessern.

Erhöhter Protektionismus

Zu den beunruhigendsten Entwicklungen der letzten Jahre gehört die Verstärkung protektionistischer Massnahmen. Während die Regierungen in den meisten Industrieländern im allgemeinen der Versuchung widerstanden haben, offen in die Handelsbeziehungen einzugreifen, haben sie eine wachsende Bereitschaft, Ansuchen um spezielle Massnahmen auf einer Fall-zu-Fall-Basis zu entsprechen. Dabei kamen spezielle Techniken zum Zuge wie «freiwillige Exportbeschränkung», womit ein Land bewegt wird, seine Ausfuhren in bestimmte Märkte zu begrenzen, um die Einführung mutmasslich härterer Importrestriktionen durch das Importland zu vermeiden. Andere nichttarifäre Techniken bestehen beispielsweise in erschwerten Zollabfertigungsverfahren und dergleichen.

Mode

Wintersport- und Freizeit-Tendenzen 1985/86

Funktionelle Nylsuisse-Langlaufkombination mit tiefen Raglanärmeln und hohem Stehbund. Die Aussenseite ist aus wasserabstossendem gechintztem Taft, innen abgefüttert mit Molleton/Tersuisse/Baumwolle.
Modell: Merboso AG, CH-8902 Urdorf
Schuhe: Salomon AG, CH-6010 Kriens
Ski: Rossignol AG, CH-6370 Stans
Foto: Stephan Hanslin, CH-8006 Zürich

Eine gepflegte, sportlich-lässige Stilrichtung weist auf neue Wege in der Freizeitbekleidung hin. Ein diskreter, komfortabler Stil will noble Sportlichkeit zum Ausdruck bringen und die «gewisse Einfachheit» prägt das modische Gesamtbild.